



*verantwortlich leben
solidarisch handeln*

**KOLPING – LANDESVERBAND
RHEINLAND-PFALZ**

Positionspapier

**des Kolpingwerkes und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in Rheinland-Pfalz
zur 16. Wahl des rheinland-pfälzischen Landtages am 27.03.2011**

Gesellschaft – Familie – Bildung

Mitmachen schafft Einfluss

Wir über uns

Kolping und Katholische Arbeitnehmer-Bewegung sind große katholische Sozialverbände mit berufs- und sozialpolitischer Zielsetzung, die sich in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus für ihre Mitglieder, Gruppen, Menschen in der Arbeitswelt und für Benachteiligte engagieren. Schwerpunkte der Arbeit sind sowohl Jugend- und Erwachsenenbildung, Familien-, Frauen- und Seniorenarbeit, Interessenvertretung für sozial benachteiligte Menschen als auch Arbeitswelt und Kirche. KAB und Kolpingwerk sind internationale Verbände, deshalb gehört die Partnerschaftsarbeit der rheinland-pfälzischen Diözesanverbände mit Partnerschaftsprojekten in Albanien, Bolivien, Brasilien, Litauen, Portugal, Rumänien, Ruanda und Togo selbstverständlich dazu. Wir verstehen uns als politische und internationale Bewegungen, sowie als Selbsthilfe-, Bildungs- und Aktionsgemeinschaften. Kolpinghäuser in Koblenz, Mainz, Trier mit verschiedenen Maßnahmen, u. a. zur beruflichen Bildung und Unterbringung, sind in Rheinland-Pfalz bestens bekannt.

Wir mischen mit, auch bei Wahlen –

Wählen ist Ausdruck von Verantwortung und Demokratie

Politisches Engagement in demokratischen Parteien und Parlamenten und in den Gremien der sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungen ist für uns ein unverzichtbarer Beitrag zur verantwortungsbewussten Mitgestaltung einer gerechten, sozialen und solidarischen Gesellschaft. Am 27. März 2011 finden die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz statt. Mit dem hier vorgelegten Positionspapier informieren wir über einige aus unserer Sicht wichtige Themen und das, was wir von der künftigen Landespolitik erwarten. Diese Themen können u. a. dazu dienen, die Kandidatinnen und Kandidaten zum rheinland-pfälzischen Landtag zu befragen. Wir wissen sehr wohl, was Umfragen belegen: Das Vertrauen der Menschen - auch in Rheinland-Pfalz - in das Handeln von Politik hat nachgelassen. In Zeiten von Skandalen und Untersuchungsausschüssen halten wir dagegen: Wir brauchen Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Vertrauen. Eine Fülle von Aufgaben steht an, Kolping und KAB mischen mit!


Das Kolpingwerk und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Rheinland-Pfalz mit ihren Diözesanverbänden in den Bistümern Limburg, Mainz, Speyer und Trier;

Für den Landesvorstand Kolpingwerk:


Klaus Butz, Landesvorsitzender


Thomas Gerber, Landespräsident

Für den Landesverband der Kath. Arbeitnehmer-Bewegung:


Wolfgang Siebner, Diözesanverband Mainz


Günther Salz, Diözesanverband Trier

Ehrenamtliches Engagement anerkennen und fördern

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger, ist aber dennoch kein abstraktes Gebilde: Wir alle sind Gesellschaft und damit auch mitverantwortlich für den Staat und die Regierung, die wir zu wählen haben. Für uns als Sozialverbände gilt der Leitsatz „verantwortlich leben, solidarisch handeln“. Daher sind für uns ehrenamtlicher Einsatz und Gemeinnützigkeit bleibende Werte, die in einer sich wandelnden Gesellschaft unverändert ihre Bedeutung haben. Das gilt für die Nachbarschaftshilfe ebenso wie für den Einsatz in Parlamenten, Parteien, in der sozialen Selbstverwaltung oder einfach nur in der eigenen Verbandsgruppe. Dem Gemeinwohl ist eine hohe Bedeutung zuzumessen. Es muss bei allen politischen Entscheidungen im Mittelpunkt stehen. Was lebendiges Vereinsleben und verbandliche Arbeit ehrenamtlich zu leisten vermag, kann nicht hoch genug bewertet werden.

Die Kolping und KAB Landesverbände Rheinland-Pfalz fordern die Politik dazu auf, das ehrenamtliche Engagement weiter zu fördern und verstärkt anzuerkennen. Von der Politik erwarten wir u. a. Einsatz für eine Verbesserung des Haftungsrechtes im Ehrenamt, für eine verstärkte Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements bei der Vergabe von Arbeits- und Studienplätzen, für eine Neubewertung ehrenamtlicher Tätigkeit im Steuerrecht, für mehr öffentliche Anerkennung von unentgeltlichem Einsatz. Insgesamt erwarten wir mehr Anreize für das Ehrenamt, ohne es jedoch zu kommerzialisieren. Wir fordern die Landesregierung auf, den Blick auf das Modell der Tätigkeitsgesellschaft zu legen, das die gleichwertige Anerkennung der Erwerbsarbeit, Privatarbeit bzw. Eigenarbeit und der gemeinwesenbezogenen Arbeit fordert – Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit.

Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen in Rheinland-Pfalz neu überprüfen (siehe Urteil zum Artikel 14 BverfG)

Sonn- und Feiertage sind notwendige Unterbrechungen des Alltags und wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Nach Auffassung des Kolpingwerkes und der KAB haben Ladenöffnungszeiten und Sonn- und Feiertage als gesetzlich geschützte Tage eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung. Für z. B. die Pflege von Nachbarschaften, Freundeskreisen, Vereinen und Verbänden und nicht zuletzt für die Familien. Der Schutz des Sonntags ist nicht nur Sache des einzelnen oder der Kirchen, sondern muss auch von den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft mitgetragen werden. Wir wehren uns nach wie vor gegen eine weit verbreitete Mentalität einer „Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft“. Eine familienfreundliche Gesellschaft bedarf „familienfreundlicher Arbeitszeiten“ und des Schutzes der Sonn- und Feiertage. Ausnahmeregelungen zum Ladenschluss an Sonntagen sind mittlerweile zur Regel geworden. Dies wollen wir nicht tolerieren.

Die Kolping und KAB Landesverbände Rheinland-Pfalz fordern die Politik dazu auf, Ausnahmeregelungen zu Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen in Rheinland-Pfalz künftig restriktiv zu handhaben und neu zu überprüfen. Rheinland-Pfalz sollte mit vorgezogenem Ladenschluss an Samstagen anderen Bundesländern „mit gutem Beispiel“ vorangehen.

Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz erhalten und schaffen

Arbeitslosigkeit, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit ist nach wie vor eine dringende gesellschaftliche Herausforderung. Sie ist weder für einen sozialen Rechtsstaat noch für die betroffenen Menschen und ihre Familien hinnehmbar. Ihr Abbau ist der Schlüssel zur Lösung vieler wirtschaftlicher, finanzieller Probleme und vor allem ein Lösungsbeitrag zu den Problemen der gesamten gesetzlichen Sozialversicherung. Trotz rückläufiger Bevölkerungsentwicklung und gleichzeitiger Überalterung der Gesellschaft muss es gelingen, auch im mittelständig geprägten Rheinland-Pfalz leistungsfähige wirtschaftliche Strukturen zu erhalten und auszubauen. Wir fordern im Zusammenhang mit der mittelständigen Wirtschaft die Angaben des 4. Armuts- und Reichtumsberichtes von Rheinland-Pfalz auf Seite 268 ff. zum Produktivvermögen zu bewerten: „Obwohl die Gruppe der Menschen mit Produktivvermögen kleiner geworden ist, hat sich dessen Umfang in Rheinland-Pfalz/Saarland zwischen 2002 und 2007 deutlich erhöht. Lag der Gesamtbetrag

2002 insgesamt bei 5,6 Milliarden Euro, wuchs er bis 2007 auf rund 9,4 Milliarden Euro an.“ Dies bedeutet, dass eine Konzentration des Produktivvermögens auf eine geringe Zahl von Menschen stattgefunden hat.

Die Kolping und KAB Landesverbände Rheinland-Pfalz fordern die Politik dazu auf, dabei mitzuhelfen, die Infrastruktur und die Rahmenbedingungen der Wirtschaft, insbesondere im Handwerk, weiter zu verbessern. Bewährtes soll fortgeführt, neue Visionen und Konzepte sollen entwickelt werden. Ein leistungsfähiges Bildungssystem im Land ist die beste Investition in die Zukunft der jungen Generation. Gute Bildungspolitik eröffnet Lebensperspektiven und schafft bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sollte oberste Priorität haben. Wir fordern von Politik und Wirtschaft im Lande Rheinland-Pfalz, über die Ausbildung hinaus, für die Arbeitnehmer ein Qualifikations- und Weiterbildungsangebot zu schaffen und dies für alle kostenneutral zugänglich zu machen.

Wir erwarten von den Parteien und den Tarifpartnern, dass es den Erwerbstätigen möglich ist, von ihrer Entlohnung angemessen zu leben. D.h. wir unterstützen die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn (i.H. v. 9,20 Euro / Forderung der KAB), eine gleiche Entlohnung von Zeit-/ Leiharbeitern und dem Stammpersonal in einem Unternehmen und den Abbau von prekären Arbeitsplätzen. Zur Zahlung eines Mindestlohns sind sowohl inländische wie ausländische Unternehmen verpflichtet.

Die neue Festlegung der Hartz IV Regelsätze empfinden wir als menschenunwürdig und unsozial und fordern die Umwandlung des Lohnabstandsgebotes in ein „Lohnmindestgebot“ und somit einen gesetzlichen Mindestlohn, der Armut trotz Arbeit aus der Gesellschaft verschwinden lässt und Menschen mit Hartz IV ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Familie fördern und schützen

Für Kolping und KAB steht „Familie“ immer im Vordergrund, sie ist für uns ein stabiles Fundament unserer Gesellschaft. Sie ist Lernort des Glaubens, der Wertevermittlung, der Kultur und der Solidarität. Kaum jemand erbringt für die Gesellschaft mehr an Leistungen als Familien mit Kindern. Deshalb ist es nicht hinzunehmen, dass „Kinder zu haben“ heute vielfach zum Armutsrisiko geworden ist. Kolping und KAB treten daher seit jeher für eine gerechte Familienförderung ein. Gute und zukunftsorientierte Politik erkennt man daran, ob und welche Familienpolitik eine Regierung verfolgt. Die Kolping und KAB Landesverbände Rheinland-Pfalz fordern die Politik dazu auf, sich in Bund, Land und Gemeinden dafür einzusetzen, soziale und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien nachhaltig unterstützen. Dazu gehören u. a. die Förderung und Verwirklichung kinder- und familienfreundlicher Arbeits- und Lebensbedingungen. Besonderer Unterstützung bedürfen insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten oder ausländischen Familien. Wir regen an, einen Familienpass einzuführen bzw. zu erweitern und für Familien geeigneten und bezahlbaren Wohnraum durch entsprechende Förderprogramme zu sichern. „Wohnen“ gehört zu den existentiellen Grundbedürfnissen besonders auch für Familien.

Soziale Abstürze verhindern

In einer Zeit wirtschaftlicher und sozialer Krisen stellt sich für viele Menschen die Gefahr eines finanziellen und gesellschaftlichen Absturzes. Dies wird exemplarisch an solchen Menschen deutlich, die an der Spielsucht erkrankt sind. Das Urteil aus Luxemburg zum Wett-Monopol hat deutlich gemacht, dass die Politik zu wenig zum Schutz der Menschen vor der Krankheit Spielsucht tut. Hier wurden ausdrücklich die für Spielsüchtige besonders gefährlichen Spielhallen genannt. Wir fordern die Landespolitik auf, über den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, den Glücksspielvertrag im Sinne einer Spielsuchtprävention zu ändern.

Dies ist für uns ein Prüfstein, wie weit eine Landesregierung bereit ist, zugunsten kranker Menschen und deren Familien zu handeln, die oft genug alles durch das Glücksspiel verlieren,.

Soziale Verantwortung übernehmen

„Verantwortlich leben, solidarisch handeln“, ist die Überschrift unseres Leitbildes. Wir stehen als katholische Sozialverbände für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Das heißt für uns und unsere Mitglieder Verantwortung zu übernehmen. Uns sind dabei vor allem auch die Menschen wichtig, die benachteiligt sind und Hilfe brauchen. In vielen Presseerklärungen und in unserer konkreten Arbeit haben wir darauf hingewiesen und beklagt, dass die „Schere zwischen Arm und Reich“ immer weiter auseinandergeht. Kinder- und Familienarmut darf in einer immer noch reichen und teilweise immer reicher werdenden Gesellschaft nicht hingenommen werden – siehe den 4. Armuts- und Reichtumsbericht von Rheinland-Pfalz.

Die Kolping und KAB Landesverbände Rheinland-Pfalz fordern die Politik dazu auf alles Machbare zu tun, um Schwache und Benachteiligte zu schützen. Es kann nicht sein, dass Schwache einseitig belastet und starke Schultern nicht angemessen zur Finanzierung des Allgemeinwohls herangezogen werden.

So sprechen wir uns gegen die Einführung der Kopfpauschale aus und fordern die Gewährleistung, dass auch die ärmeren Bevölkerungskreise an einer guten gesundheitlichen Versorgung teilhaben können. Grundsätzlich soll die Vollversicherung von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen und die Parität in der Sozialversicherung beibehalten werden. Dies ist wichtig zur Stärkung des sozialen Ausgleichs, der sozialen Gerechtigkeit und der Verbesserung der Grundversorgung.

Wir fordern, eine Diskussion über das Modell des Grundeinkommens zu führen, das Rentenmodell der Kath. Verbände zu berücksichtigen, den Spitzensteuersatz zu erhöhen und sich für eine Transaktionssteuer einzusetzen.

Wir, Kolpingwerk und KAB fordern das Landesparlament und die Landesregierung auf, unsere Anregungen und Forderungen politisch umzusetzen.

**Kolpingwerk und Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
Landesverbände Rheinland-Pfalz**

Mainz, 13. Januar 2011